

**Zeitungspreis**  
für Halle wöchentlich bei regelmäßiger  
Befüllung 2,50 M., durch die Post  
3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühr.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Am nächsten Samstag-Abend  
unter „Soale-Setzung“ eingetragen.  
Für unvollständiges Abonnement  
wird keine Gewähr übernommen.  
Redaktion mit „Soale-Setzung“:  
„Soale-Setz.“ getrennt.  
Verantwortl. der Redaktion Hr. 1140;  
der Geschäftsstelle Hr. 1133 a.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Markt-  
straße 63, 1; Telefon Nr. 590 u. 591.

# Soale-Zeitung.

Zweimalwöchentliches Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden im Spaltenpreis oder beim  
Raum 20 Pfg. für jede Zeile und  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Gro. Marktstraße 63, 1 sowie von  
unseren Annoncenstellen und allen  
Annoncen-Expeditoren angenommen.  
Reklamen die Seite 75 Pfg.  
Erhalten ökonomisch größtmal;  
Sonntags und Feiertags einmal,  
sonst normal täglich.  
Redaktion und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Gro. Marktstraße 17;  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Markt 24.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gro. Markt-  
straße 63, 1; Telefon Nr. 590 u. 591.

## Mazedonien und die Humanität.

In den Erklärungen, die der Reichstanzler Fürst Bülow am Dienstag im Reichstage über den Stand der mazedonischen Frage abgegeben hat, finden sich bei aller Anerkennung der berechtigten Wünsche und Entzürstungen, die im Namen der Zivilisation über die mazedonischen Zustände geäußert und ausgesprochen werden, doch einige Stellen, welche als Warnung, die Humanität nicht zu inhumanen Zwecken zu mißbrauchen, angefaßt werden müssen. Es ist traurig und kein Ruhmestitel unserer Zeit gegenüber anderen zoheren oder erschlicheren Jahrhunderten, daß gerade die Humanität immer mehr als Mittel machiavellistischer Politik mißbraucht wird. Das Experiment mag in Armenien seinerzeit, heute in Marokko, verhältnismäßig ungeschädlich sein, in Mazedonien aber wird es mehr als gefährlich, und im wahren Interesse der Zivilisation muß hier sehr und deutlich gegen diesen Mißbrauch Protest erhoben werden.

Fürst Bülow führte nun in seiner Reichstagsrede aus, es sei nicht richtig, daß der Grund des mazedonischen Uebels in den konfessionellen Gegensätzen liege; wesentlicher wären die erbitterten Kämpfe zwischen den einzelnen christlichen Nationalitäten, von denen sich jede die Oberhoheit in Mazedonien und für den Fall der Beilegung der Suprematie der Fürstentümer möglichst großen Anteil des Gebietes zu sichern sucht. Gegenüber diesem trüben Zustand bilde die Aufrechterhaltung des status quo den einigenden Punkt, von dem aus die Mächte die Lage der Dinge zu bessern suchen.

Es ist möglich, daß dieser vom Reichstanzler betonte und sachlich und historisch sehr wesentliche und richtige Gesichtspunkt den mazedonischen Komitees, den bulgarischen, serbischen, griechischen Friedensförderern und ihren Hintermännern in anderen Ländern und in der Presse nicht gerade angenehm ist. Denn für diese hängt alles davon ab, der Welt glauben zu machen, schuld an allen Gräueln ist die Türkei, schuld ist der status quo, eine Besserung ist nur von einer Verringerung dieses status quo, von der Autonomie der Nationalitäten zu erwarten. Indessen dürfte wohl kein Kenner mazedonischer Verhältnisse darüber im Zweifel sein, daß die Erfüllung dieser im Namen der Humanität erhobenen Forderung die fürchterliche Sünde an der Humanität und der Beginn der eigentlichen Gräueltat sein wird. Wer die Geschichte des letzten Jahrzehnts kennt, weiß überdies, daß die Verhältnisse desto schrecklicher geworden sind, je mehr die Hoffnungen der Nationalitäten auf eine Verringerung des status quo getilgt sind, daß man also logischerweise erwarten muß, alles würde sich in dem Maße bessern, in dem die glücklichen Nationalitäten von ihren von gewissen Seiten unter Einfluß einer machiavellistischen Humanitätspropaganda und falscher historischer Auffassung stelleisig etwas unvorsichtig unterführten Hoffnungen zurückkommen werden. Das beste Mittel zur Ruhe wäre, wenn man in Serbien, Bulgarien, Griechenland wieder glauben machte, daß die Herrschaft der Türkei in Mazedonien unerrückbar fest sitzt. Hier liegt wohl das eigentliche Interesse der Humanität.

Es ist entschieden erfreulich, wenn dann Fürst Bülow weiter erklärt hat, die Anstrengungen Deutschlands seien gerichtet einerseits auf die Erhaltung der Einigkeit unter

den Mächten, andererseits aber auf die Zustimmung der Fürste zu den Forderungen der Mächte. Man könne von Deutschland keinen Enthusiasmus für Vorschläge erwarten, welche die Landeshoheit des Sultans gefährden und dadurch die Türkei und die muslimanische Bevölkerung zum äußersten Überstand reizen müßten. Solche Vorschläge wären unrichtig und gefährlich.

Darin liegt offenbar eine Abgabe an jene Abenteurerpolitik gegen die Fürste, aus der Erkenntnis heraus, daß eine solche zum Konflikt führen muß und nur denen dienen kann, die bei einem solchen Konflikt im Trüben fischen wollen, nicht aber der Humanität. Nur diejenigen Reformen, die sich nicht gegen die Fürsten richten, die mit der Souveränität des Sultans verträglich sind und die Hoffnungen der Nationalitäten, die an den Kämpfen schuld sind, nicht steigern, sondern mäßigen.

## Deutsches Reich.

### Der Zentralauschuß der Freisinnigen Volkspartei

tritt am Sonntag, den 4. April, nachmittags 5 Uhr, und am Sonntag, den 5. April, vormittags 10 Uhr, im Reichstagsgebäude Zimmer Nr. 23 zusammen. Zur Teilnahme an den Verhandlungen des Zentralausschusses sind nach dem Organisationsstatut die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichstages und Landtages, sowie je zwei Vertreter der Bezirksverbände der Freisinnigen Volkspartei berechtigt. Der Vorsitzende des Zentralausschusses, Herr Abg. Schmidt-Eberfeld, bittet die Vorsitzenden der Bezirksverbände, die Namen der zwei Delegierten, welche an den Verhandlungen des Zentralausschusses teilnehmen werden, scheinunglos an Herrn Abg. Dr. Müller-Sagan, Berlin W. 9, Köthener Straße 48, anmelden zu wollen und gleichzeitig mitzuteilen, ob diese auch an dem Festlich teilnehmen werden, das am Sonntag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, im Savoy-Hotel — Gedert 5 Mt. — stattfinden wird.

### Konkrets: in Sachen Reichssteuerreform.

Die „R. u. C.“ schreibt: „Am Reichsausschuß ist man augenblicklich damit beschäftigt, den Einkommensteuerbedarf zu decken. Darüber dürfen wir nach etwa zwei bis vier Wochen vernehmen. Erst dann werden wir hören, die Verhandlungen über die Einzelheiten der Steuerreform mit den verbündeten Regierungen beginnen. Es wird also Herbst und Winter werden, ehe man an den Reichstag und seine Parteien mit dem neuen Steuerprogramm herantritt. Vielleicht läßt man sich sogar nicht ohne Absicht Herbst und Winter werden. Kann sein, daß man zunächst den Ausfall der preussischen Wahlen abwarten möchte, ehe man sich über die Details der Reform entscheidet. An die Scheidung von direkten und indirekten Steuern wird man, wie wir zu wissen glauben, sich dabei nicht halten. Auch wohl nicht halten können. Denn soweit man die Dinge schon jetzt zu überlegen vermag, wird der Bedarf weit, weit größer sein als bislang auch die ärgsten Reformisten annehmen.“

### Fünftier sozialer Ausbildungsanstalten

des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands zu Polen. Wie in vorangegangenen Jahren, so veranstaltet der Gesamtverband auch in diesem Jahre einen sozialen Ausbildungs-

kursus, um den Mitgliedern des Gesamtverbandes und sonstigen in der christlich-nationalen Bewegung organisierten Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich volkswirtschaftliche Kenntnisse anzueignen. Nur durch zähe Kleinarbeit kann der Sache gebient werden. Eine sichtbare Wirkung läßt sich nicht lediglich verpöhlen. Mit besonderer Freude ist es zu begrüßen, daß Polen als Ort des diesjährigen Kursus gewählt worden ist. Gerade in den letzten Jahren hat der Osten unseres Vaterlandes fast andauernd die Blüte auf sich gelenkt. Den Kursteilnehmern ist daher gelegentlich des Kursus die Möglichkeit geboten, den Osten, seine verhältnismäßig neue Kultur, seine eigenartigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, seine nationalen und konfessionellen Kämpfe und die sich dar- aus für die gewerkschaftliche Arbeit ergebenden besonderen Schwierigkeiten, aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Das Programm des sozialen Ausbildungs-kursus umfaßt eine Reihe volkswirtschaftlicher Vorträge, verschiedene Beschäftigungen und Ausflüge, wobei insbesondere auf Polnisch gern zugegriffen wird. Die Teilnahme am Kursus ist frei. Die Anzahl der eigentlichen Kursisten soll 40 nicht übersteigen, dagegen werden Hospitanten in unbeschränkter Zahl zugelassen. Unter der Leitung des Superintendenten Gammeler hat sich ein Arbeitersauschuß gebildet. Die Geschäftsstelle des Kursus ist im „Evangelischen Volkshaus“ in Posen, Felsbergstraße 4, wobei jede weitere Auskunft erteilt wird. Anmeldungen zum Kursus richtet man an den Vorstand des Gesamtverbandes, Herr Dr. Weber, Münch.-Gladbach.

### Eine Drohung mit dem Exil.

Unter der Überschrift: „Die Demagogen auf dem Altmarsch“ meldet die „Freisinnige Zeitung“: „In die Redaktion der Freisinnigen Zeitung im Reichstage haben mehrere Mitglieder aus Berlin und anderen Orten eine Adresse geschickt, die sich mit großer Entschiedenheit gegen das Preussengesetz No. 11 in der Sprache der Mächte des Vereinsgesetzes (§ 7) wendet. In der Adresse heißt es:

„Man entschuldigt das Eingehen auf diesen Vorschlag nur mit der opportunistischen Ermüdung, daß man die Ausnahmebestimmungen annehmen müsse, um „Schlimmeres zu vermeiden“. Als dieses Schlimmere bezeichnet man das mögliche Scheitern des Vereinsgesetzes und die dann entstehende formale Möglichkeit, durch die preussische Gesetzgebung das Sprachengesetz in seinen Umhängen der Regierungsbildung durchzuführen zu bringen. Die verbündeten Regierungen ein vom Sprachverbot gereinigtes Gesetz, nachdem es im Reichstage eine Mehrheit gefunden hat, abzulehnen würden, ist ebenjeweils auch die Regelung des Sprachverbots mittels der preussischen Gesetzgebung im letzten Augenblick zu verhindern. Derenfalls wollen die Jungpolenbestimmungen des Vereinsgesetzes in Preußen lauten. Die Freisinnigen brauchen um das Scheitern der Polen nicht besorgt zu sein, als diese selbst es sind. Aber auch wenn alle pessimistischen Erwartungen sich erfüllen sollten, — kann das Preussengesetz veranlassen, einen politischen Grundgesetz zu erlassen, der zum Fundament der liberalen Weltanschauung gehört.“

Sinnvoll kommt, daß bis vor wenigen Tagen selbst weit geringere Zugeländnisse als die im Kommissionsantrag gemachten, von führenden Männern der freisinnigen Parteien in der Kommission, in der Presse, bei vertraulicher Ansprache und in öffentlichen Reden für unmöglich und unzulässig erklärt worden sind. Man hat einmal über das andere berichtet, daß die Wilhelmsche Politik nicht die Partei dazu bringen werde, gegen ihre Grundzüge zu handeln. Man hat in der Kommission die bei der ersten Stellung gemachten Zugeländnisse als das Maximum bezeichnet, über das unter keinen Umständen hinausgegangen werden soll, und man schied man sich an, ehe man sich über die Kommissionsantrag, einem Aktentat auf die Mutterprache, einer flagranten Verletzung des Prinzips der Reichsgleichheit auszusprechen, ja, diese durch seine Mitwirkung überhaupt nicht möglich zu machen.

Wir wissen, daß manche Abgeordnete alle unsere Bedenken und Beforgnisse teilen, aber glauben, der Fraktionsdisziplin ein

## Feuilleton.

### Kannibalismus in der Südde.

Vor kurzem drang auf dem Wege über Samoa die Kunde nach New York von dem Tode des presbyterianischen Missionars Mc Hugh Lin, der auf den Salomon-Inseln ein Opfer seines Berufes geworden ist, von den Eingeborenen ermordet und verzehrt wurde. Die Regierung hat sofort ein Kanonenboot entsandt, um den Tod des Missionars zu ahnden, die Dörfer der Eingeborenen wurden bombardiert und die Herausgabe seiner Gebeine und eine Entschädigung in Berlin, die einem Werte von 200 000 M. gleichkommt, durchgesetzt. Das „World Magazine“ knüpft an das Ereignis an in einem längeren Aufsatz, der sich mit dem Kannibalismus in der Südde beschäftigt. Kein Kenner jener wilden Völkergeschichten täuscht sich darüber, daß die vorerwähnten Strafexpeditionen und die Tätigkeit der Missionare nicht imstande sein werden, diesen fürchterlichen, seit altersher in der Tradition verwobenen Brauch in kurzer Zeit zu brechen; die nächste Folge ist nur, daß die Eingeborenen in der Ausführung ihrer Bestrebungen vorsichtiger werden und es nach Kräften vermeiden, den Fremden einen Einblick in ihre Sitten zu ermöglichen. Aber wenn auf den einsamen Salomonens-Inseln ein „tambu“, eine neue Hauptlingshütte eingeweiht wird, so weiß ein Jeder, daß es dabei ohne ein Menschenopfer nicht abgeht. Wenn es nicht gelingt, durch einen Kriegszug einem benachbarten Stamme ein Opfer abzulagern, so trifft man seine Auswahl unter den Männern, die der Hauptling einmal gefaßt hat und als sein Eigentum betrachtet. Der Hauptling wird auf das schrecklichste Schicksal das seiner haben, nicht vorbereitet, ja er hilft eifrig an der Errichtung des Hauses und der Opferstätte, das durch seine Hingebung dem Festlich eingeweiht wird. Ein unerwarteter Anschlag, meist von hinten, entscheidet dann über sein Schicksal.

Bei fast allen größeren Festlichkeiten, selbst wenn ein neues Kanoe vollendet wird, gibt die Opferung eines

Menschen und der darauffolgende Schmaus dem Ereignis erst die rechte Weihe. Die Bewohner von Santa Anna dagegen enthalten sich des Genusses von Menschenfleisch, aber sie treiben einen ausgedehnten Handel mit Menschen, und die Hauptquelle ihres Wohlstandes ist der Verkauf von künftigen Opfern des Kannibalismus an die Nachbarkämme. Bei den meisten dieser Kannibalen aber verknüpft sich die Menschenfleischerei mit den religiösen Vorstellungen und Bräuden, und die Anzahl derer, die nur aus Liebhaberei und um die Monotonie des Alltags zu unterbrechen, zum Menschenopfer greifen, ist verhältnismäßig gering. Wild und fesseln sind die Zeremonien, mit der die Hingebung eines Menschen begleitet wird. Eine weiße Musik, allerlei wunderlichen Instrumenten entquellend, langgezogene Gesänge und schrille Schreie ertönen, und selbst während des fürchterlichen Mahles schweigt nicht die graufame Musik. Nicht selten kommt es dabei vor, daß der Mann eine Auswahl trifft unter seinen Frauen. Ist er einer milder geworden, so wird sie zurückerhandet, und gemeinsam mit seinen übrigen Frauen feiert man festliche Mahle. Die Bewohner der Salomonens-Inseln essen das Fleisch von einmal getragenen Stücken; sie pflegen das Fleisch ihrer Opfer in lange, schmale Stücke zu schneiden, die etwa einen Tag lang an die Bäume gehängt werden, um zu „reifen“. Dann werden sie am Feuer geröstet. Die Schädel und die größeren Knochen werden bewahrt und bilden das Hauptmaterial für das seltsame Kunstgewerbe, das die Eingeborenen treiben; prachtvoll geschnitzte Bogen und Speere werden daraus gefertigt, und die Schädel dienen dekorativen Zwecken.

Bei den großen religiösen Festen, den „bea“, entscheidet gewöhnlich das Wasserpfand darüber, wer den anderen zum Mahle dienen soll. Die Stammesangehörigen versammeln sich und es beginnt zwischen den herbeizugewandten Kriegern ein Föhnen und Verpöhlen, bis die Mut und der Zorn allzu übermannt. Die Gegner führen dann in den Wald und ein Kampf auf Leben und Tod beginnt. Sobald das erste Opfer gefallen ist, schweigt wie auf Kommando der Kampf und der, der als erster den Leichnam eines hingetretten Feindes herbeischleppt, empfängt von den Hauptlingen einen außer-

ordentlich hohen Kaufpreis. Es kommt dabei nicht selten zu regelrechten Auktionen, wo die reichen Stammesobersten einander zu überbieten trachten und den Preis für den Leichnam in die Höhe treiben. Mit der Hand abgeschlossen, so beginnen die Zeremonien, unter denen die Zerlegung vorgenommen wird, und der Tag schließt mit dem großen Mahle, das die Musik würzt. Die Veranstaltungen sind bei den Eingeborenen nichts Seltenes; ein besonderer Feiertag aber ist es, wenn es gelingt, einen Weißen oder eine Weiße zu übermitteln. Denn jeder Salomon-Inulaner weiß davon zu erzählen, daß das Fleisch eines Weißen ungleich zarter und delikater ist, als das eines Eingeborenen.

Wenn man die Fälle überliest, die im Laufe der letzten 100 Jahre bekannt geworden sind, so wird man sich kaum verhehlen können, daß auch das 20. Jahrhundert hier einweißen eine Verdümmung vom Beseren nicht hat zeigen können. Sowohl in der Südde als auch im Innern Afrikas feiert der Kannibalismus nach wie vor seine Orgien. Das Schicksal des englischen Schoners „Albatross“, der von Neu-Sidwales zu einer Handelsexpedition nach den Admiraltys-Inseln ausgebrochen war, ist noch in frischer Erinnerung. Während der Nacht wurde die 18 Mann starke Besatzung plötzlich von einer großen Schaar eingeborener Krieger überumpelt, und 15 von ihnen wurden sofort niedergemacht und am nächsten Tage verzehrt. Nur drei Schiffstümpen gelang es, zu entkommen; sie trachten im allgemeinen die Südde zu erreichen, die zivilisierte Welt. Im Innern der Südde, die Südde-Inulaner nicht jenen Brauch, ihre Opfer vor der Vermeidung zu martern, der noch heute in Mittelafrika lebendig ist. Dort pflegen die Kannibalen ihren Gefangenen Arme und Beine zu brechen und sie lebendig in diesem entsetzlichen Zustande in einem Wasserfaß zu stellen, wo sie dann drei Tage lang, nur den Kopf aus dem Wasser hervorragend, einen entsetzlichen Lodesstampf durchmachen. Die Eingeborenen tun das nicht aus einer naive Freude an Grausamkeiten, sondern sie verfolgen damit einen bestimmten Zweck: durch dies Verfahren wird, so sagen sie, das Fleisch zarter und schmackhafter. C. K.

Dieser des Intellekts bringen zu wollen. Rücksichtnahme auf die Erfordernisse der Parteipolitik erkennen wir bei kleineren Parteien willig an, aber die wichtigsten Grundzüge der Partei-Parteipolitik unterwerfen, heißt den Parteinhalt der Partei-Parteipolitik opfern. Wenn die Parteipolitik zum Instrument für die Unterdrückung von Parteiprinzipien gemacht werden kann, dann ist ihr weiterer Bestand ein Unheil.

Wir bitten deshalb auf das eindringlichste unsere Parteifreunde im Parlament, sich nicht durch Annahme von Gesetzentwürfen, die auf eine teilweise Entzerrung der Parteipolitik durch die Parteipolitik zum Instrument für die Unterdrückung von Parteiprinzipien gemacht werden kann, dann ist ihr weiterer Bestand ein Unheil.

Die „Freiwillige Zeitung“ bemerkt dazu: „In dem Eingange der Adresse geben die Verfasser selbst zu, daß der hier unternommene Schritt unangenehm ist. Das ist richtig. Aber auf das Formelle soll gar nicht einmal so viel Gewicht gelegt werden, wie vielmehr darauf, daß sich hier ein geringer Bruchteil der freiwillingigen Vereinigung herausnimmt, um sich abzuscheiden. Freiwillingig, wenn wir die Namen Barth, Breitfeld, v. Gerlach unter dem Aufdruck, daß die Interzeption nicht sofort in Kraft tritt, erklären. Nachdem diese Herren, die zum Teil dem Vorstand der freiwillingigen Vereinigung angehören, ihrer eigenen Parteioffiziellen in dem Gesetzentwurf angedeutet haben, werden sie der freiwillingigen Vereinigung nun wohl, falls diese nicht Herrn Dr. Barth und seine Freunde als die allein richtigen Interpreten der liberalen Weltanschauung anerkennen, den Rücken kehren müssen. Dann wird es sich zeigen, wie es sich Maas hinter diesen Demagogie die schon seit Monaten ihre Hauptaufgabe nur in der Diskreditierung der freiwillingigen, eigentlich sieht.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ bemerkt: „Der Schluß des Protokolls der Bartheimianer lautet: man dürfe den Parteinhalt nimmer der Parteipolitik opfern; „Wenn die Parteipolitik zum Instrument für die Unterdrückung von Parteiprinzipien gemacht werden kann, dann ist ihr weiterer Bestand ein Unheil.“

Wenn diese Sätze einen Sinn haben sollen, kann der nur heißen: noch einmal eine solche „Unterdrückung unserer Parteiprinzipien“ und wir nehmen Gut und Wandelstiel der fahrenden Scholaren. Demnach wäre die neue Parteigründung zwar noch nicht da; aber sie wäre in sichtbarlicher Nähe gerückt. Dennoch möchten wir den ganzen Handel heute so wenig tragisch nehmen wie bei der früheren Anlässe, da die Gerlach und Barth mit blauer Hand die sessio an die Wand schreiben. Wer sind denn die Aufrechten? Ein Häuflein (mit Fichte zu reden), „Literatoren“, von denen ein jeder viel schreibt und noch mehr redet. Triviale, ausgebreitet: viel Geklämmer und wenig Wollte. Wenn sie wirklich aus der Vereinigung auscheiden, würde sich bald zeigen, daß an deren ziffermäßigem Bestand sich so gut wie gar nicht geändert hätte. Hat doch das reichlich kritisch veranlagte „Berliner Tageblatt“ dieser Tage gemeint: die Anstrengungen müßten in der Partei bleiben. In ihr möchten sie etwas befehlen und erreichen. Außerhalb wären sie nichts. Bieleicht gehören viele Herren auch nur einem Gebote ihrer inneren Natur, wenn sie die Parteipolitik von draußen machen. Jede Partei verlangt Unterwerfung, verlangt Kompromisse und Opfer. Das werden manche Leute nie begreifen; werden's auch nie zugeben fertig. Dann müssen sie eben verulden, auf ihre spezielle Fassung selbst zu werden. Raum für alle hat die Erde. Nur das Parteigründen sollen sie dann lassen. Wer feilscht oder politisch so konfliktiert ist, bei dem folgt auf die Parteigründung mit zwingender Notwendigkeit bald das Auseinandergehen.“

Der Abg. Gothein spricht sich in einem Artikel der „Neuen Samtg. Ztg.“ gegen das Kompromiß über § 7 aus. Der Gewerbetreibende Poeschl, gleichfalls Mitglied der freiwillingigen Vereinigung, wendet sich gegen die durch den § 7 geschaffenen Bestimmungen. Im ehsatzloshin Landesausschuß erklärte bei der Besprechung eines liberalen Antrages bezüglich des Sprachenparagraphe der frühere Reichstagsabgeordnete Blumenthal im Namen der liberal-demokratischen Fraktion, daß diese in dem § 7 eine „große Gefahr“ für die Vereins- und Versammlungsfreiheit sehe und daß sie sich dem erwähnten Antrage anschließen, der sich gegen den § 7 wandle. Der Antrag wurde angenommen.

### Kreisfiskalinspektion in Potsdam.

Im preussischen Abgeordnetenhaus haben, wie noch nachträglich registriert ist, bei der namentlichen Abstimmung über die Kreisfiskalinspektion in Potsdam merkwürdigerweise drei konservative Abgeordnete, die Vertreter des Reichsfreies Telion-Beeston-Storlow, die Abgeordneten Feltzsch und Hamer, sowie der Vertreter von Randow-Greifenhagen, der Abgeordnete Mallemich, mit der Linken des Hauses für die Bewilligung der in der zweiten Lesung des Etats getrichtenen hauptamtlichen Kreisfiskalinspektion gestimmt. Ein vierter konservativer Abgeordneter, der Herr Koenig, ein Vertreter des Kreises Schladern-Gelnhagen, hat sich der Stimme enthalten. Drei weiße Raben also und einer, der sich befindet!

### Deutscher Nautischer Verein.

Aus Anlaß des zurzeit in Berlin tagenden 39. Vereinstages des Deutschen Nautischen Vereins fand im Hotel de Rome ein Festessen statt, an dem unter anderen Vertretern von Behörden der Direktor im Reichsamte des Innern, von Jonquiere, und Kontreadmiral Winkler teilnahmen. Nachdem der Vorliegende des Vereins, Kommerzienrat Schulze-Idenburg, einen Rückblick auf die letzten 20 Jahre deutscher Seefahrtsgeschichte geworfen hatte, und der Vorliegende der Seefahrtsgesellschaft in Hamburg, Krogmann, seinen Dank für die Teilnahme der Reichsregierung und der Bundesstaaten an den Verhandlungen des Vereins ausgesprochen hatte, wies Ministerialdirektor von Jonquiere auf die ausgedehnte Tätigkeit des Vereins hin, die sich auch in seinem Verhandlungsprogramm wiederlegte. Zum Schluß führte Kontreadmiral Winkler aus, daß es der Kriegsmarine stets eine angenehme Pflicht sei, für den Schutz deutschen Handels im Auslande einzutreten.

### Die Bilanz der Aera Stubi.

Durch die in den „Vierteljahresschriften der Statistik des Deutschen Reiches“, herausgegeben vom kaiserlichen Statistischen Amt, enthaltene Uebersicht über die öffentlichen Volksschulen im Deutschen Reich im Jahre 1901 und 1906 wird nun die Vermögenswirtschaft der Aera Stubi auch zahlenmäßig festgelegt. Während sich in sämtlichen deutschen Staaten die Staatsausgaben in der Zeit von 1901 bis 1906 um 122,9 Mill. auf 151,2 Mill., also um 28,3 Mill., oder um 23 Prozent erhöht haben (die Gesamtausgaben sind von 421,3 auf 523,9 Mill., also um 102,6 Mill. gestiegen) sind die Ausgaben des preussischen Staates, der über fünf Fünftel der Volksschulzahl im Deutschen Reich hatte, in derselben Zeit nur von 78,1 auf 82,4, also um 9,3 Mill. oder 12,7 Prozent gesteigert worden. Von dieser Mehrausgabe in Preußen entfallen aber 4,3 Mill. auf die Provinzen Westpreußen, Posen und Schlesien (Ober- und Nieder-) und in diesen Provinzen, in denen die nationalen bzw. politischen Zwecke in erster, die Kulturarbeit erst in zweiter Linie liegt, beträgt die Steigerung aber auch nur 2,0 Prozent, ist also ebenfalls geringer als im Durchschnitt des Deutschen Reiches. Das ist unsere Ostermarktpolitik. Während Bayern die staatlichen Aufwendungen für das Volksschulwesen in dem Jahr 1901 bis 1906 um 40,9, Sachsen um 48,5, Württemberg um 42,3, Baden um 86,6 Prozent gesteigert hat, verbleibt Preußen das Deutschland in den Ostmarken mit einer Erhöhung der staatlichen Volksschulaufwendungen um 28,9 Prozent in Westpreußen, 24,1 Prozent in Posen und 14,4 Prozent in Schlesien, und sorgt mit einer Steigerung von 7,9 Prozent in Ostpreußen, 7,2 Prozent in Pommern, 6 Prozent in Sachsen, 7,5 Prozent in Hannover, 4,6 Prozent in Hessen-Nassau und 8,6 Prozent in der Rheinprovinz dafür, daß die Kulturaufgaben nicht leiden. Hätten in den vorgezeichneten Provinzen, insbesondere in Brandenburg (Berliner Provinz), Schlesien-Sachsen, Westfalen und Rheinland, die Gemeinden nicht erhebliche eigene Aufwendungen gemacht, ihr Volksschulwesen auf der Höhe zu halten, in Brandenburg wurden die Ausgaben um 8,2, in Westfalen um 9,8, im Rheinland um 12,5, in Schlesien-Sachsen um 3,6 Millionen gesteigert — so würde das Ergebnis für den Durchschnitt des Staates ein geradezu klägliches sein. Herr von Stubi hat in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges, in der es durch die Leistungen der Gemeinden selbst ohne wesentlich höhere Staatsausgaben möglich gewesen wäre, die Miere der preussischen Volksschulen für alle Zeiten aus der Welt zu schaffen, nichts Dringenderes zu tun gewußt, als die Bremsen anzuziehen und jedes vorwärtige Hinanzgehen der Gemeinden über die vom Kultusministerium für angemessen gehaltene Höchstgrenze zu verbieten. Der Erfolg dieser Bremsenpolitik tritt besonders in der Entwicklung der Lehrerzahl zutage. Während das durchschnittliche Gesamtentkommen der preussischen Volksschullehrer in der Zeit von 1896 bis 1901 in den Städten von 2029 auf 2101, auf dem Lande von 1357 auf 1693 stieg, erhöhte sich das Gehalt der städtischen Lehrer in der Aera Stubi (1901 bis 1906) auf 2560, also durchschnittlich um 159 Mt., auf dem Lande auf 1072, also um sage und schreibe 9 Mt.! Die preussischen Volksschullehrer dürften Herrn v. Stubi aus diesen Gründen kein Denkmal setzen wie Dr. Falk und Dr. Wolff.

### Die Ostpreussische Landtschaft.

Der außerordentliche 48. Generalantrag der Ostpreussischen Landtschaft wurde gestern, Donnerstag, vormittag in Königsberg durch den Oberpräsidenten v. Windheim als Generalantragspräsidenten mit einer Unipraxis eröffnet. Nach Begründung des als Gast der Sitzung betretenden Königin Friedrich-Wilhelmine für die Oberpräsident unter anderem aus, daß durch die in diesen Tagen erfolgte Genehmigung der vorliegenden Beschlüsse der Generalantragsversammlung die Entscheidungsvorgänge in Wirklichkeit trete; der Ostpreussischen Landtschaft jalle die verantwo-

tungsvolle Aufgabe zu, den ersten praktischen Entscheidungsvorgang in großem Maßstabe einzuleiten und durchzuführen. Was die Kolonisations- und Landarbeitertour-Lage betreffe, so hätten die Pläne der landwirtschaftlichen Kollegen die Billigung der Staatsregierung nicht gefunden; dagegen herrsche völlige Uebereinstimmung in der Ansicht, daß die Entzerrung des platten Landes und der Landarbeitertour in der Provinz Ostpreußen eine geradezu gefährdrohnde Erziehung im wirtschaftlichen Leben Ostpreußens darstelle, und daß es kein anderes wirksames Mittel gebe, dem abzuhelfen, als die innere Kolonisation.

### Die Biersteuerreform.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man der „Kön. Ztg.“ zufolge an, daß die Verhandlungen unter der Mediation über die Biersteuerreform heute zu einem das Zustandekommen der Reform verwirklichenden Abschluß gelangen werden.

### Das Enteignungsgesetz.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das nach so hartem Kampfe zustande gekommene antimonopolistische Enteignungsgesetz unter dem Titel: Gesetz über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen. Es ist vom König unter dem 20. März vollzogen und von sämtlichen preussischen Staatsministern unterzeichnet.

### Friedliche Vertheidigung im deutschen Baugewerbe.

Nach 25tägigen Verhandlungen im Sitzungssaale des Gewerbegerichts Berlin wurde unter Vorsitz des Gewerbegerichtsvorsitzenden Magistratsrat von Schulz, heute nachts zwischen dem Verbands des deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe und den Zentralverbänden der freien Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer und Baufeldarbeiter sowie dem christlichen Bauarbeiter-Verbande über ein allgemeines Schema für die in den einzelnen Orten abzuschließenden Tarifverträge eine Vereinbarung erzielt. Damit sind die allgemeynen kritischen Fragen: Fälligkeit, Arbeitsdauer, Agitation und Beschneidungsklausel außer Streit gesetzt. Zur Regelung einzelner Fragen, Arbeitszeit und Höhe der Löhne durch örtliche Tarifverträge, finden Anfang April Verhandlungen der Lokalverbände in München, Essen, Berlin und Frankfurt a. M. statt. Dadurch ist die Grundlage zu einer friedlichen Vertheidigung im deutschen Baugewerbe gegeben.

### Allgemeine Mitteilungen.

Die „Allgemeine Zeitung“ in München wird, wie den „N. N.“ aus München gemeldet wird, am 1. April, im 111. Jahre ihres Bestehens, die stiftliche Ausgabe einstellen und bis auf weiteres nur noch als Wochenzeitschrift erscheinen. Die Zeitung soll über das Ausstellungsjahr 1906 hinaus noch von Scherl gehalten werden. Was dann damit geschieht, steht noch nicht fest.

Der deutsche Verein für gewerblichen Rechtschutz hält am 15. Juni in Leipzig seinen diesjährigen Kongress ab, zu dem bereits Teilnehmer aus allen Ländern angemeldet sind. Der Reichstagsrat hat sein Erscheinen in Aussicht gestellt. Der Rat und die Stadtverbände von Leipzig beschließen, die Delegierten auf Kosten der Stadt zu bewirten.

Am Schluß der getrigen Reichstagsitzung wurden die Etatsreste ohne Debatte erledigt. Freitag 1 Uhr: Dritte Lesung des Etats. Schluß 6 Uhr.

### Ausland.

#### Der Fall Wahrmann.

Vor dem Preussischen Landgericht in Wien fand gestern die Einprüfungsbehandlung des Professors Wahrmann gegen die Konfession seiner Professur statt. Von den fünf inkriminierten Stellen wurde bezüglich dreier die Konfession aufgehoben, bezüglich der beiden anderen wurde sie bestätigt.



**Ob gross, ob klein  
Perdynamin allein**

wirkt Wunder bei Blutarml, Bleichsucht und bei schwächlichen Kindern. Fragen Sie Ihren Arzt.  
Erhältlich in den Apotheken M. 250 die Originalflasche.

Depot und Versand-Apotheke in Halle a. S.: Bahnhofs-Apotheke, Deltzschers-Brauerei (zwischen Bahnhofs-Vorplatz und Riebeckplatz), Inh. Karl Heise, Korps-Stabsapotheker a. D. und Nahrungsmittel-Chemiker (Fernsprecher 483).

### Wissen Sie, ich bin auch keiner von den Dummen,

die jede Anpreisung glauben, dafür aber ein ich dankbar, daß mich ein solcher Dummen-Anhänger — natürlich die adigen von Frau — empfohlen worden sind. Das sind wahre Wunderdinge. Sind Sie besser, haben Sie, sind Sie verständig, haben Sie an Entschiedenheit in Wangen: ein paar Bays adie oben, legen alle Bekleidungen zum Ausdick. Sie können mir's glauben, ich nehme Bays adie oben nur schon sehr Jahre. Sie kaufen dieselben in jeder Apotheke, Drogerie und Mineralwasserhandlung zu 80 Pfennig pro Schachtel.

# weine

zur Konfirmation.

## Pottel & Broskowski.

Wir empfehlen als besonders preiswert nachstehende

### Mosel-, Rhein- u. Bordeaux-Weine.

1904 er Temmler	à Fl. 0.75	1904 er Solzener	à Fl. 1.00
1906 er Neeller	à Fl. 0.90	1904 er Niersteiner Warte	à Fl. 0.90
1904 er Glettenen	à Fl. 1.00	1905 er Daakenheimer Drech	à Fl. 1.00
1904 er Enklocher Steffensberg	à Fl. 1.25	1905 er Oppenheimer Goldberg	à Fl. 1.25
1906 er Enklocher Hinterberg-Ausl.	à Fl. 1.50	1905 er Niersteiner Vookenberg-Rissing	à Fl. 1.50

1899 er St. Julien à Fl. 1.00  
1899 er Chat. Gibran à Fl. 1.25  
1899 er Chat. Boycheville à Fl. 1.50

Bei größerer Abnahme Preisermäßigung.

Imperial sec oüvés speciale, sehr angenehmer und bekömmlicher Rheinweinsekt à Fl. 2.75, bei 12 Fl. 2.50.

Crème de Bouzy, Original-Gewächs der Champagne à Fl. 3.50, bei 12 Fl. 3.00.

Ausführliche Preisliste gratis und franko.



